

Daniel Küblböck geht bei Kreuzfahrt über Bord

Panorama Seite 28

Was für ein Fest: 140 000 kamen zum Lollapalooza

Berlin Seite 9

2:1 – DFB-Auswahl gewinnt gegen Peru

Sport Seite 20

Schlager

Frieden, Glück und Hass

Von Florian Thalmann

Wer Schlager hört, begibt sich in eine Welt voller Frieden, Liebe und Glück, doch Veränderungen in der Gesellschaft machen vor der heilen Welt nicht Halt. Nur wenige dürften das so spüren wie sie: Helene Fischer, 34 Jahre alt, seit dem Erfolg des Hits „Atemlos“ Superstar der Volksmusik. Am Freitag stand sie in der Mercedes-Benz-Arena auf der Bühne.

Tag drei des Berlin-Gastspiels. Während drinnen alles tanzte, kam es am Rand zu einem hässlichen Zwischenfall: Polizisten setzten ein Hausverbot gegen zwei Männer, 25 und 41 Jahre alt, durch. Draußen schlug der 41-Jährige die Hacken zusammen, zeigte den Hitlergruß, rief „Sieg Heil“, entblößte sein Gesicht.



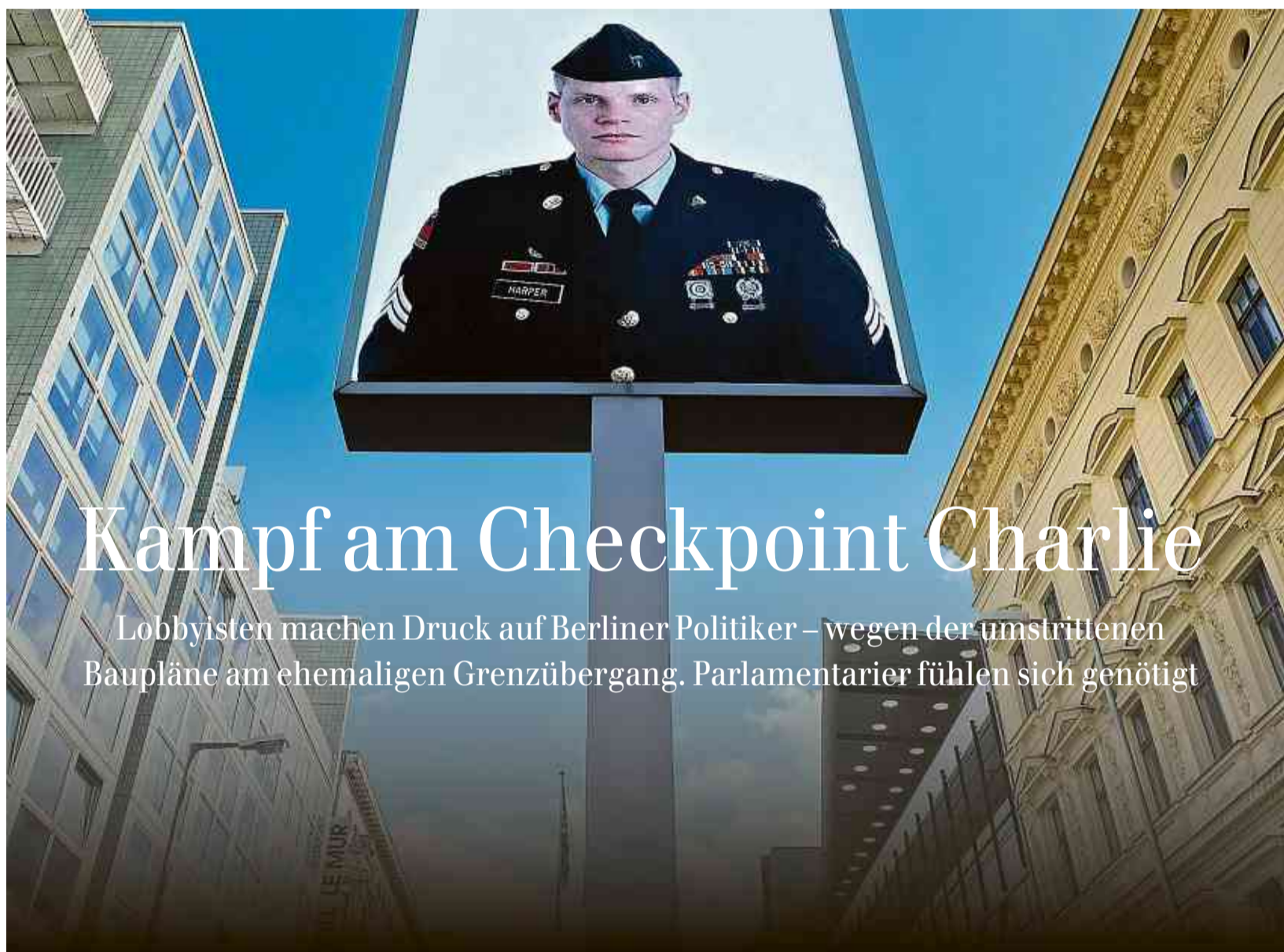
Helene Fischer bekennt sich zum Kampf gegen Hass.

Wie passen solche Menschen in die heile Fischer-Welt? Die Antwort hatte die Sängerin Tage zuvor gegeben: gar nicht. Beim Konzert am Dienstag hatte sie ihren Song „Wir brechen das Schweigen“ dem Kampf gegen rechts gewidmet. „Erhebt gemeinsam mit mir die Stimme. Gegen Gewalt. Gegen Fremdenfeindlichkeit. Wir brechen das Schweigen, hier in Berlin“, sagte sie. Jubel brandete auf – und nur wenige blieben sitzen an jenem Abend.

Es wurde Zeit: Die Rufe nach einem Statement waren immer lauter geworden. Die Street-Art-Künstlerin „Barbara“ etwa bat um ein „Konzert gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Chemnitz“. Die Botschaft: Wer so viele Menschen vereint wie Fischer, wer in fünf Tagen vor 60 000 Menschen spielt und auf Facebook 1,6 Millionen Fans hat, wer 17 Echos, drei Bambis und zwei Goldene Kameras einsammelte, hat auch eine gesellschaftliche Aufgabe.

In „Wir brechen das Schweigen“ heißt es: „Wir sind auf der Flucht und die Welt bricht ein. Doch wenn du mit mir glaubst, dann kann es anders sein.“ Glauben – das wollen nun aber nicht alle. „Ab sofort sind Sie für mich gestorben. Ich werde alles von Ihnen entsorgen“, schreibt einer von Fischers Anhängern auf Facebook. „Dem größten Teil der Fans sind Sie in den Rücken gefallen.“ Fischer darf das anders sehen, denn sie bekommt auch massiven Zuspruch. „Ich war noch nie ein Fan“, schreibt einer. „Vielleicht werde ich es jetzt.“

Was noch wichtiger ist: Der Schlager-Star löst eine Welle aus – unter Kollegen. „Wir müssen aufhören vor allem, was fremd ist, Angst zu haben“, sagt Stefanie Hertel. „Auch wir Schlagersänger sollten Flagge zeigen“, sagt Mickie Krause. „Fremdenhass und Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben“, sagt Bernhard Brink. In der heilen Schlager-Welt scheint sie nun vorbei zu sein, die Zeit der heilen Welt.



Kampf am Checkpoint Charlie

Lobbyisten machen Druck auf Berliner Politiker – wegen der umstrittenen Baupläne am ehemaligen Grenzübergang. Parlamentarier fühlen sich genötigt

Ein Investor will an der Friedrichstraße Wohnungen, Büros, Läden und ein „Hard Rock Hotel“ bauen. Auch ein Museum über den Kalten Krieg ist geplant.

GETTY IMAGES/KAYEN KAZEMI

Von Gabriela Keller

Im Streit um die Bebauung des Checkpoint Charlie mischen nun Lobbyisten mit: Mehrere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses bestätigten der Berliner Zeitung, dass sie Post von Beratern erhalten haben, die offenbar im Dienst der Investorenfirma Trockland agieren. „Was wir seit ein paar Tagen merken, ist, dass hinter den Kulissen versucht wird, den Druck zu erhöhen“, sagt Daniel Wesener, parlamentarischer Sprecher der Grünen-Fraktion. „Man hat es jetzt mit Leuten zu tun, bei denen klar ist, dass sie lobbyieren.“

Trockland will auf den beiden Brachen an der Friedrichstraße Wohnungen, Büros, Läden und ein „Hard Rock Hotel“ bauen. Außerdem ist ein Museum geplant, das das Land mieten soll. Zuletzt aber geriet das Vorhaben wegen des intransparenten Bauverfahrens und geheimer Absprachen zwischen dem Land und dem Investor heftig in die Kritik. Politiker von Grünen, Linker, CDU und FDP fordern Nachbesserungen.

Nun treten Akteure auf, die die Debatte offenbar in eine neue Richtung lenken sollen. Daniel Wesener spricht von „klassischem Baulobbyismus mit Parteibuch-Hintergrund“. Zu den Beratern, die den Kontakt suchen, gehören Gabriele Thöne, Ex-Staatssekretärin im Finanzressort (SPD), und der frühere SED-Bezirksbürgermeister von Treptow Günter Polauke, der später in die SPD eintrat. In einigen Fällen führen sie die Gespräche, in anderen bahnen sie Treffen mit dem Investor an.

Auch Stefan Förster, Bauexperte der FDP, erhielt eine Nachricht. Der Politiker, der sich gegen eine zu dichte Bebauung ausgesprochen

hat, sagt, er sei von Günter Polauke angeschrieben worden, seine Parteikollegin, die Haushaltsexpertin Sibylle Meister, von Gabriele Thöne. Die habe über „Grundstücksfragen“ sprechen wollen, sagt Förster: „Auch von anderen Fraktionen weiß ich, dass es Kontaktversuche gab.“

Am vergangenen Donnerstag berichtete der „Checkpoint“-Newsletter des Tagesspiegels von einem Schreiben an Abgeordnete: Darin hieß es, Trockland werde die Grundstücke zwangsversteigern lassen, so-

Gabriele Thöne, Staatssekretärin a.D., führt eine Kanzlei für Consulting. Worin ihr Auftrag besteht, will sie nicht sagen. Kritik daran, dass sie die Kontakte aus ihrer Amtszeit wirtschaftlich nutze, weist sie zurück: Sie sei seit zwölf Jahren nicht mehr in einem öffentlichen Amt tätig: „Für eine positive Entwicklung unserer Stadt Berlin werde ich mich aber weiterhin mit aller Kraft einsetzen.“

Die Firma Trockland bestreitet nicht, dass sie Berater einsetzt, darunter Thöne. Diese unterstützten sie

sol bei immer neuen Verhandlungen herauskommen“, fragt er, „das Entgegenkommen des Investors ist ausgereizt.“ Er hat jüngst einen offenen Brief unterschrieben, in dem zwei Dutzend Experten eine „baldige Entscheidung“ fordern. Würde Trockland „zum Ausstieg gezwungen“, warnen sie, bliebe das Areal „für mindestens weitere zehn Jahre ein touristischer Rummelplatz“.

Indes haben sich die Fraktionen Die Linke und die Grünen auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt; beide plädieren dafür, die Absprachen zu überprüfen.

„Wir werden uns von einem Investor, dem die Grundstücke nicht einmal gehören, und der diesen Ort als ein Disneyland in Szene setzen will, nicht unter Druck setzen lassen“, sagt Katalin Gennburg, Sprecherin der Linken für Stadtentwicklung. „Diese Erpressungsversuche sind unerträglich.“

Damit üben ausgerechnet zwei Fraktionen scharfe Kritik, die an der Regierungskoalition beteiligt sind. „Wir staunen darüber, dass die Fraktionen eine ganz andere Haltung haben als der Senat“, sagt Daniel Buchholz, Sprecher für Stadtentwicklung der SPD. Zwar seien Nachfragen verständlich. „Allerdings ist die Sache wegen der hohen Grundschulden und des Insolvenzverfahrens rechtlich sehr schwierig und diese Komplexität wird sehr oft ausgeblendet.“

Der Checkpoint Charlie wird in den kommenden Wochen Thema in den Ausschüssen sein; die Bauverwaltung ist dabei, einen Bebauungsplan auszuarbeiten und einen Architektur-Wettbewerb vorzubereiten, allerdings nur für das Westgrundstück. Auf der Ostseite soll das „Hard Rock Hotel“ entstehen, und wie dies aussehen soll, steht wohl bereits fest.

„Wir werden uns von einem Investor, dem die Grundstücke nicht einmal gehören und der diesen Ort als ein Disneyland in Szene setzen will, nicht unter Druck setzen lassen.“

Katalin Gennburg,

Sprecherin der Linken für Stadtentwicklung

fern es nicht bis 31.12.2018 eine Einigung gebe. In diesem Fall könne das Land auch sein Vorkaufsrecht nicht nutzen; die Flächen würden an den höchsten Bieter gehen.

Die Abgeordneten, mit denen die Berliner Zeitung sprach, haben kein solches Schreiben erhalten, aber von dem Ultimatum gehört. Parallel zu den Gesprächsofferten werde ein Drohszenario aufgebaut, sagt Daniel Wesener von den Grünen. „Es wird nun so dargestellt, als sei dies die letzte Gelegenheit, das Areal am Checkpoint Charlie zu gestalten.“ Er selbst sei mehrfach auf seine kritische Haltung angesprochen worden. „Da sind Profis am Werk. Das wird gesteuert. Die haben die richtigen Kontakte, und die haben das Geld.“

dabei, „mit den unterschiedlichen Anspruchsgruppen einen transparenten und zielführenden Dialog zu führen“. Der Begriff „Ultimatum“ sei „irreführend“.

Allerdings sehe der Vertrag von Trockland und dem Insolvenzverwalter eine Frist vor: Sollten bis zum Ablauf „die beurkundete Vereinbarung und Zustimmung der zuständigen Gremien des Abgeordnetenhauses nicht vorliegen, wird Trockland sich gezwungen sehen, die Zwangsversteigerung“ zu veranlassen.

Auch andere Stimmen drängen zur Eile. Rainer Klemke, früherer Gedenkstättenreferent des Berliner Senats, kämpft seit Jahren für ein Museum am Checkpoint Charlie. „Was

Tödlicher Streit in Köthen

Afghanen festgenommen – Aufrufe zur Besonnenheit

Nach einem Streit zwischen zwei Männergruppen in Köthen ist ein 22-Jähriger gestorben. Zu den Hintergründen des Geschehens und zu den Abläufen während des Streits am späten Sonnabendabend nannten die Ermittler keine Details und verwiesen auf die andauernden Befragungen. Nach Informationen der Mitteldeutschen Zeitung soll es eine körperliche Auseinandersetzung zwischen Markus B. und seinem Bruder auf der einen und zwei Afghanen auf der anderen Seite gegeben haben. Dabei soll der 22-jährige Deutsche zu Fall gekommen und mit dem Kopf aufgeschlagen sein. Nach Angaben der Polizei starb Markus B. aber an akutem Herzversagen. Dieses stehe nicht „im direkten kausalen Zusammenhang mit den erlittenen Verletzungen“, teilte die Polizeidirektion mit Blick auf das vorläufige Obduktionsergebnis mit.

Wie die Mitteldeutsche Zeitung weiter schreibt, sollen zunächst drei Afghanen mit einer schwangeren deutschen Frau auf einem Platz darüber gestritten haben, wer der Vater des Kindes sei. Später seien der 22-Jährige und sein Bruder hinzugekommen. Der dritte Afghane soll sich an der körperlichen Auseinandersetzung nicht beteiligt haben. Die beiden anderen Afghanen – der Hauptverdächtige ist 20, der zweite 18 Jahre alt – sollen polizeibekannt sein. Der eine soll eine Aufenthaltserlaubnis haben, der zweite sollte eigentlich bereits abgeschoben werden. Das sei bisher nicht geschehen, weil gegen ihn wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt wurde.

Ein Schreiben vom Donnerstag, in dem die Staatsanwaltschaft grünes Licht gibt, habe den Kreis aber noch nicht erreicht. Die beiden Männer sitzen jetzt in Untersuchungshaft.

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) rief zur Besonnenheit auf. „Der tragische Tod des jungen Mannes geht mir sehr nahe, und ich bedaure das Geschehene zutiefst“, sagte er. Am Abend nahmen nach Polizei-Angaben rund 2 500 Menschen an einem Trauermarsch und einer Kundgebung teil. Rechte Gruppierungen hatten dazu aufgerufen. Zuvor hatten rund 200 Menschen gegen rechte Hetze demonstriert. (BLZ/dpa)

Berliner Verlag GmbH, 11509 Berlin

Redaktion: (030) 63 33 11-457
(Mo-Fr 10-16 Uhr), Fax - 499;
leser-blz@dumont.de
Leser-Service: (030) 23 27-77, Fax - 76;
www.berliner-zeitung.de/leserservice
Anzeigen: (030) 23 27-50, Fax: - 66 97;
berlin.anzeigen@dumont.de

Postvertriebsstück A6517
Entgelt bezahlt

